

Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten
Band 11

Analysen und Dokumente

Wissenschaftliche Reihe
des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Herausgegeben von der Abteilung Bildung und Forschung

Redaktion:
Siegfried Suckut, Ehrhart Neubert, Clemens Vollnhals,
Walter Süß, Roger Engelmann

Karl Wilhelm Fricke
Roger Engelmann

„Konzentrierte Schläge“

Staatssicherheitsaktionen und
politische Prozesse in der DDR
1953–1956

Ch. Links Verlag, Berlin

Ch. Links

Die Meinungen, die in dieser Publikationsreihe geäußert werden,
geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage, März 1998
© Christoph Links Verlag GmbH
Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin, Tel. (030) 44 02 32-0
Internet: www.linksverlag.de; mail@linksverlag.de
Umschlaggestaltung: KahaneDesign, Berlin

ISBN 978-3-86284-035-9

Inhalt

1.	Einleitung	7
1.1.	Zum Verhältnis von SED und Staatssicherheit	9
1.2.	Die Rolle der sowjetischen Berater	24
1.3.	Persönlichkeit und Rolle Ernst Wollwebers als Chef der Staatssicherheit	30
1.4.	Wollwebers neue Strategie und Taktik	36
2.	Großaktionen der Staatssicherheit	42
2.1.	Aktion „Feuerwerk“ – im Visier die Organisation Gehlen	42
2.2.	Aktion „Pfeil“ – Ausweitung des Aktionsspektrums	47
2.3.	Aktion „Blitz“ – der politische Widerstand im Zentrum der Operationen	52
3.	Spionage und Widerstand	61
3.1.	Berlin – Brennpunkt des Kalten Krieges und der Ost-West-Spionage	62
3.2.	Die Organisation Gehlen	68
3.3.	Die Ostbüros der demokratischen Parteien und des DGB	71
3.4.	Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit	80
3.5.	Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen	89
4.	Repression und Propaganda	98
5.	Die Rolle der Untersuchungsorgane in der neuen Strategie und Taktik	107
6.	Widerstandsbiographien, politische Prozesse und Verfolgenschicksale	119
6.1.	Ein erster Schlag gegen die Organisation Gehlen – der Fall Werner Haase und andere	120
6.2.	Kalter Krieg und Spionage – der Fall Karli Bandelow, Ewald Misera und andere	130
6.3.	Planungen für den „Ernstfall“ als Widerstand – der Fall Wilhelm Lehmann, Hans-Joachim Koch und andere	139
6.4.	Widerstand in der Justiz – die Fälle Rudolf Reinartz und Lothar Cetti	148
6.5.	Ein Schauprozeß gegen die KGU – der Fall Gerhard Benkowitz, Hans-Dietrich Kogel und andere	159

6.6.	Der RIAS vor Gericht – der Fall Joachim Wiebach und andere	169
6.7.	Spionage im Vorzimmer der Macht – der Fall Elli Barczatis und Karl Laurenz	181
6.8.	Eine „illegale Gruppe“ in der LDPD – der Fall Alfred Effinger und andere	195
6.9.	Die Rache der Partei – der Fall E. Ch. und Paul Behm	204
6.10.	„Zur Liquidierung reif“ – der Fall Karl Wilhelm Fricke	214
7.	Wendungen der Staatssicherheit nach dem Ende der Großaktionen	222
7.1.	„Das Gesicht nach Westen“ – Umorientierung der Staatssicherheit im Sommer 1955	223
7.2.	„Tauwetter“ in der Staatssicherheit	225
7.3.	Wollwebers Sturz und Mielkes Aufstieg	233
Dokumente		244
	Editorische Vorbemerkung	244
	Verzeichnis der Dokumente	245
	Dokumente 1–18	246
Anhang		344
	Ausgewählte Literatur	344
	Abkürzungsverzeichnis	352
	Personenregister	355
	Angaben zu den Autoren	359

1. Einleitung

Der Aufstand des 17. Juni 1953 war gleichbedeutend mit einem politischen Bankrott des SED-Regimes, wie er schlimmer kaum ausfallen konnte. Mit dieser ersten Massenerhebung gegen den Stalinismus war die „Machtfrage“ gestellt worden. Ohne das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht wäre die Herrschaft der Kommunisten nicht zu halten gewesen. Dieses Trauma hat die SED bis zu ihrem politischen Ende begleitet.

Darüber hinaus warf der Juni-Aufstand für die Staatspartei ein besonderes legitimatorisches Problem auf: Die Initiative war von der Arbeiterschaft ausgegangen, und die Arbeiter waren in der Erhebung das aktivste Element gewesen.¹ Sie hatten sich gegen ein Regime gewandt, das sich selbst als „Herrschaft der Arbeiterklasse“ ausgab und geschichtsphilosophisch legitimierte. Von der SED konnte daher keine auch nur halbwegs realitätsnahe Wahrnehmung und Analyse des weitgehend spontanen Aufstandsgeschehens erwartet werden; dies wäre mit der eigenen Herrschaftsideologie unvereinbar gewesen. So wurde das Konstrukt des vom Westen aus geplanten und durch „Agenten“ umgesetzten „faschistischen Putschversuches“ kanonisiert. Es war Aufgabe der Staatssicherheit, jene „feindlichen Stützpunkte“ zu liquidieren, die das „konterrevolutionäre Abenteuer“ angeblich hervorgebracht hatten.

Diktatorische Regime reagieren auf die Gefährdung ihrer Herrschaft regelmäßig mit einer Doppelstrategie des Zuckerbrotes und der Peitsche. Zu dem schon am 9. Juni 1953 verkündeten Neuen Kurs, der vor allem wirtschafts- und gesellschaftspolitische, aber auch dosierte justizpolitische Erleichterungen brachte,² gesellte sich eine offensivere und in manchen Aspekten eindeutig härtere staats-sicherheitspolitische Gangart: die Strategie und Taktik der „konzentrierten Schläge“. Es handelte sich um stabsmäßig geplante, massive Repressionswellen gegen aktive Regimegegner, denen zumeist Kontakte zu solchen westlichen Organisationen und Stellen vorgeworfen wurden, die die Staatssicherheit unter dem Begriff „Feindzentralen“ subsumierte: unter anderem die Ostbüros der Parteien, der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, die Kampfgruppe ge-

1 Trotz der Forschungskontroverse darüber, ob der 17. Juni adäquater als Arbeiter- oder als Volksaufstand zu charakterisieren ist, besteht Einigkeit über die zentrale Rolle der Arbeiterschaft. Vgl. Torsten Diedrich: Zwischen Arbeitererhebung und gescheiterter Revolution in der DDR. Retrospektive zum Stand der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung des 17. Juni 1953, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1994, S. 288–305; Armin Mitter: Der Tag X und die „Innere Staatsgründung“ der DDR, in: Ilko-Sascha Kowalczyk, Armin Mitter und Stefan Wille (Hrsg.): Der Tag X. 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, 2. durchges. Aufl., Berlin 1996, S. 9–30.

2 Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, 2. überarb. Aufl., Berlin 1997, S. 112f.

gen Unmenschlichkeit, der Rundfunksender RIAS oder auch westliche Geheimdienste.

Schnelle Festnahmen waren die Devise des neuen Staatssicherheitschefs Ernst Wollweber; abwartendes Taktieren und langwierige geheimdienstliche Beobachtungen wie unter seinem Vorgänger Wilhelm Zaisser ließen sich mit der Forderung der Partei nach schnellen „operativen Erfolgen“ nicht vereinbaren. Nicht zuletzt gehörte zum neuen offensiven Vorgehen auch die systematische Planung und Realisierung von Entführungen aus Westdeutschland und Westberlin. Im Visier waren hier vor allem exponierte Mitarbeiter der politischen Widerstandsorganisationen, aber auch Geheimdienstangehörige.

Eine weitere Lehre aus dem 17. Juni zog das Regime auf dem Feld der Propaganda: Die neue Strategie und Taktik der „konzentrierten Schläge“ beinhaltete umfangreiche und teilweise ausgeklügelte Aktivitäten zur „Popularisierung“ der Arbeit der Staatssicherheit. In der Staatssicherheitsagitation verband sich kalkulierte Einschüchterung mit dem Bemühen, das Ansehen der Repressionsorgane in der Bevölkerung zu verbessern. Sie versuchte den Eindruck willkürlicher Unterdrückung zu verwischen und betrieb gleichzeitig eine systematische Diffamierung der westlichen „Feindorganisationen“. In diesem Zusammenhang spielten Schauprozesse eine zentrale Rolle, bei denen – gewissermaßen als volkspädagogische Inszenierung – die drakonische Abstrafung ausgewählter Täter vorgeführt und als Unschädlichmachung gemeingefährlicher Verbrecher präsentiert wurde.

Die Phase der „konzentrierten Schläge“ endete im Jahr 1955 im Zusammenhang mit einer Prioritätenverlagerung bei der Staatssicherheit zugunsten der „Aufklärung“ und der „Westarbeit“. Nach Einschätzung der Entscheidungsträger war die Strategie der Großaktionen erfolgreich gewesen und konnte daher ad acta gelegt werden. Tatsächlich kann kaum in Abrede gestellt werden, daß sie zur Stabilisierung der Diktatur in der prekären Phase nach dem Juni-Aufstand beigetragen hat. Die Massenverhaftungen und Schauprozesse haben zur Dezimierung widerstandsbereiter Menschen geführt und zu ihrer Demoralisierung beigetragen. Unüberschbar ist auch, daß die in dieser Phase entfalteten Aktivitäten der Staatssicherheit folgenreiche Erosionsprozesse bei einigen westlichen Widerstandsorganisationen ausgelöst oder mitbedingt haben. Die politische Resignation, die sich nach dem Scheitern des Juni-Aufstands unter den Regimegegnern breitgemacht hatte, wurde in der Phase der „konzentrierten Schläge“ vertieft und verfestigt.

Die vorliegende Studie basiert überwiegend auf MfS-Unterlagen aus dem Leitungsbereich, teilweise auch auf Sachakten mit operativem Charakter sowie auf personenbezogenen Operativ- und Untersuchungsvorgängen. Letztere enthalten neben den Ermittlungsakten des Untersuchungsorgans der Staatssicherheit auch die entsprechenden Justizunterlagen, das heißt, Anklageschriften und andere Dokumente der Staatsanwaltschaft sowie Gerichtsprotokolle und Strafurteile.³ Anhand dieser Quellen lassen sich die Vorgänge auf allen Ebenen recht genau re-

3 Vgl. Hansjörg Geiger: Justizakten in den Beständen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, in: Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der DDR. Wissenschaftlicher Begleitband zur Ausstellung, hrsg. vom Bundesministerium der Justiz, Leipzig 1994, S. 37–43.

konstruieren. Eine Ausnahme bilden Entscheidungsprozesse, die sich in der Politbürokratie der SED vollzogen. Hier waren punktuell Akten aus dem zentralen Parteiarchiv heranzuziehen. Alle diese Unterlagen spiegeln in erster Linie die Sichtweise des Regimes und seiner Repressionsorgane wider, das Selbstverständnis der Widerständigen und Verfolgten scheint nur wenig auf. Es findet sich in den Quellen lediglich versteckt und verzerrt wieder und muß – soweit überhaupt möglich – mühsam herausgefiltert werden. Aus diesem Grunde gibt die vorliegende Darstellung vor allem Auskunft über das Funktionieren des Herrschaftsapparates, seine Sprachregelungen und die Deutungen seiner Funktionäre. Sie soll damit einen Beitrag zur Erforschung der Rolle von Partei, Staatssicherheit und Justiz in einer entscheidenden Phase diktatorischer Herrschaftsausübung leisten.

1.1. Zum Verhältnis von SED und Staatssicherheit

Die Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik ist mit der Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unlösbar verbunden. Ohne das Regime der SED wäre der Staatssicherheitsdienst nicht geschaffen worden – ohne den Staatssicherheitsdienst hätte die SED ihr Regime nicht dauerhaft durchsetzen können. Selbst die formal auf dem Gesetz vom 8. Februar 1950 beruhende Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit war siebzehn Tage zuvor im Politbüro beschlossen worden.⁴ Der wechselseitige Kausalzusammenhang zwischen der Politik der SED und den Aktivitäten des MfS war auch und gerade für die Entwicklung der DDR in den fünfziger Jahren charakteristisch, in denen die Diktatur der SED ihre Fundierung und Strukturierung erfuhr.⁵ Die 2. Parteikonferenz der SED, die vom 9. bis 12. Juli 1952 in Ostberlin abgehalten wurde, hatte mit ihrem Beschluß über den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR zugleich die „Verschärfung des Klassenkampfes“ für „unvermeidlich“ erklärt und sanktioniert, daß „die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen müssen.“⁶ Da zu den „grundsätzlichen Aufgaben der Volksmacht“ ausdrücklich die vermeintliche Notwendigkeit zählte, „den feindlichen Widerstand zu brechen und die feindlichen Agenten unschädlich zu machen“⁷, erwachsen auch und speziell dem Ministerium für Staatssicherheit besondere Aufgaben bei der Durchsetzung und Sicherung der Herrschaft der SED.

Das Verhältnis der herrschenden Politbürokratie zu den Organen der Staats-

4 Vgl. Beschluß des Politbüros vom 24.1.1950 über das Ministerium für Staatssicherheit, in: Dierk Hoffmann, Karl-Heinz Schmidt und Peter Skyba (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949–1961, München 1993, S. 55.

5 Zusammenfassend zu diesem Thema: Walter Süß: Zum Verhältnis von SED und Staatssicherheit, in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan und Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 215–240.

6 Entschliebung der 2. Parteikonferenz der SED, in: Protokoll der Verhandlungen der 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, (Ost-)Berlin 1952, S. 492.

7 Ebenda.

sicherheit war in den in dieser Studie zu berücksichtigenden Jahren 1953 bis 1956 nicht frei von politischen Spannungen, die ihre Ursachen im wesentlichen in Meinungsverschiedenheiten zwischen Walter Ulbricht, damals Generalsekretär bzw. Erster Sekretär des ZK der SED und Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR, und Wilhelm Zaisser, damals Mitglied des Politbüros und Minister für Staatssicherheit, über die Rolle des MfS im Herrschaftssystem der DDR hatten. Sie lassen sich auf die Formel verkürzen, daß Ulbricht die Staatssicherheit von Anfang an als Machtinstrument der SED begreifen wollte, als „Schild und Schwert der Partei“, während Zaisser im MfS ein relativ eigenständiges Staatsorgan sah, das zwar im Auftrag der SED handelte, aber an konkrete Weisungen der Politbürokratie und speziell Ulbrichts nicht unmittelbar gebunden war – eine Position, in der sich Zaisser zweifellos durch Rückendeckung seitens der „so-wjetischen Freunde“ bestärkt sah. Zwar hatte auch Zaisser der Auffassung nicht widersprochen, daß die Arbeit der Staatssicherheit gleichsam spezifische Parteiarbeit sei: „Das, was wir hier machen, ist Parteiarbeit. Wir sind das Schwert der Partei. Wir stehen an vorderster Front im Klassenkampf. Alles, was wir tun, tun wir für die Partei“,⁸ aber er hatte den Apparat des MfS der unmittelbaren Kontrolle durch die Politbürokratie zu entziehen oder ihren Einfluß zumindest zu beschränken versucht. Die in der Staatssicherheit auch der frühen fünfziger Jahre auf allen Ebenen, in allen Strukturen und Diensteinheiten bereits existierenden Parteiorganisationen, die im MfS ein ähnliches „Parteilieben“ zur Indoktrination und Disziplinierung der Kader realisieren sollten, wie es die SED in anderen Ministerien und Verwaltungen praktizierte, dürfte bei den leitenden Kadern im MfS jener Jahre wenig ernst genommen worden sein.⁹ Das belegen nicht nur Vorwürfe, die Ulbricht später gegen Zaisser erhob, sondern das geht bereits aus einer Entschließung des Politbüros zur Arbeit im Ministerium für Staatssicherheit vom 18. März 1952 hervor.¹⁰ Mit Kritik wurde darin nicht gegeizt.

„Die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit weist bis heute noch eine Reihe ernsthafter Mängel und Schwächen auf“, wurde darin nach Attestierung „beachtlicher Erfolge“ festgestellt. „Das Ministerium für Staatssicherheit hat es vor allem nicht verstanden, das volle Vertrauen der gesamten fortschrittlichen Bevölkerung zu gewinnen, und es konnte sich deshalb bei der Durchführung seiner Aufgaben nur schwach auf deren Mithilfe stützen.“¹¹ Im einzelnen rügte das Politbüro, „daß die fachliche Schulung sowohl als auch die politische im Ministerium viel zu spät eingesetzt hat und bis heute unzureichend ist“ sowie „die demokratische Gesetzlichkeit nicht immer eingehalten wurde“, daß man auch die Parteiarbeit „lange Zeit vernachlässigt“ habe.¹²

8 Zitiert bei Wilfriede Otto: SED und MfS – zur Rolle einer stalinistischen Grundstruktur, in: Gregor Gysi, Uwe Jens Heuer und Michael Schumann (Hrsg.): Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, Hamburg 1992, S. 161.

9 Vgl. Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, Berlin 1997, S. 22–33 und 46–57.

10 Entschließung des Politbüros über die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit, Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 102 vom 18.3.1952; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/202.

11 Ebenda, S. 1f.

12 Ebenda, S. 2.

Um alle Mängel zu beheben, „empfahl“ (!) das Politbüro vor allem „entscheidende Maßnahmen zur Verbesserung der Parteiarbeit“ im MfS. „Die Landesleitung VIIc der Partei¹³ ist qualitativ und quantitativ zu verstärken. Der gesamte Parteiapparat ist zu festigen. [...] Das ideologische Niveau der Genossen ist systematisch zu heben. Dem Praktizismus ist der entschiedenste Kampf anzusagen.“¹⁴ Das war eine massive Kritik an Zaisers Führungsstil, ohne daß der Adressat benannt wurde: Ulbrichts offene Abrechnung mit dem Chef der Staatssicherheit wurde erst ein Jahr später aktuell.

Die 2. Parteikonferenz der SED, die knapp vier Monate nach der Entschließung des Politbüros zusammentrat, wies den Organen der Staatssicherheit, wie erwähnt, erweiterte Aufgaben zu. Ulbricht hatte sein Grundsatzreferat unter anderem auch zu äußerst heftigen Angriffen auf die „Frontstadt“ Westberlin genutzt. In Westberlin wollte er „die Basis für den amerikanischen, englischen und französischen Spionagedienst und [das] Organisationszentrum der Sabotage-tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik“¹⁵ sehen. In seiner scharf polemischen Rede, die heftige Attacken gegen das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und die Dienststelle Blank¹⁶ ebenso wie gegen die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) und die Vereinigung Politischer Ostflüchtlinge (VPO) sowie gegen die Ostbüros von SPD, FDP und CDU enthielt, verstieg sich Ulbricht zur Verunglimpfung selbst der Freien Universität Berlin. „Hier werden zum Studium nur solche Personen zugelassen, die die Gewähr bieten, daß sie genügend reaktionär eingestellt und der Deutschen Demokratischen Republik feindlich gesinnt sind und daß sie sich zur Agententätigkeit verwenden lassen.“¹⁷ Erwähnung verdienen diese Auslassungen nur deshalb, weil durch sie die Zielobjekte fixiert wurden, die die Staatssicherheit in ihrer „operativen Arbeit“ anzugreifen hatte, und weil sie eben diesen Zugriff politisch-ideologisch rechtfertigen sollten.

Das Grundsatzreferat des Generalsekretärs des ZK der SED bedeutete für die Mitarbeiter des MfS und ihre Vorgehensweise in der DDR selbstverständlich eine bindende politische Orientierung, die nicht zuletzt darauf gerichtet war, jegliche Kontakte aus der DDR zu den von Ulbricht inkriminierten „Agentenzentralen“ unter operative Kontrolle zu nehmen und zu bekämpfen, um sie wirksam zu unterbinden. Die zu diesem Zweck außerhalb der DDR, speziell in Westberlin, eingeleiteten Operationen der Staatssicherheit reichten von der konspirativen Durchdringung der genannten Institutionen und Organisationen bis zur Entführung einzelner ihrer Mitarbeiter.

Die Zeit zur Abrechnung mit Zaiser kam für Ulbricht nach dem Juni-Aufstand 1953 in Ostberlin und der DDR.¹⁸ Das dramatische Geschehen hatte nicht

13 So lautete die damalige Bezeichnung der Parteileitung im MfS.

14 Entschließung des Politbüros (Anm. 10), S. 3.

15 Protokoll der Verhandlungen der 2. Parteikonferenz der SED, S. 70.

16 Von Theodor Blank geleitete Dienststelle. Sie war für Fragen der alliierten Besatzungstruppen und Sicherheitsfragen zuständig. Vorläufer des Bundesverteidigungsministeriums.

17 Ebenda, S. 73.

18 Zur Geschichte des Juni-Aufstands vgl. Kowalczuk/Mitter/Wolle (Hrsg.): Der Tag X, sowie die darin enthaltene Auswahlbibliographie zu dieser Thematik.

nur die tiefe Krise aufbrechen lassen, in die die Diktatur der SED geraten war, es hatte zugleich die Unfähigkeit des MfS demonstriert, die Zeichen der Zeit zu erkennen oder gar zu deuten. Unter Berufung auf angebliche Feststellungen des Politbüros konstatierte Ulbricht auf dem 15. Plenum des Zentralkomitees der SED (24.–26. Juli 1953) rigoros, „daß die Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit versagt hat. Das Ministerium für Staatssicherheit hat sich nicht auf die Hauptaufgabe, auf den Kampf gegen die faschistische Untergrundbewegung konzentriert. Es hat die Initiative und Verantwortlichkeit der Mitarbeiter nicht entwickelt; es hat Tendenzen der Überheblichkeit gegenüber der Partei gefördert und eine formal-bürokratische administrative Arbeit geduldet.“¹⁹ Schließlich brachte er die Ursache dieser Zustände, wie er sie sah, zur Sprache: „Diese Zustände konnten sich nur entwickeln, weil die Parteioorganisation im Ministerium für Staatssicherheit sich in einem ideologisch und organisatorisch vernachlässigten Zustand befindet. Von den leitenden Funktionären des Ministeriums wurde die Parteiarbeit gehemmt und als eine nebensächliche Angelegenheit behandelt.“²⁰ Damit war der Stab über Zaisser gebrochen, sein Sturz besiegelt.²¹ Es hatte ihm auch nichts genutzt, daß es – seiner eigenen Versicherung zufolge – „keine wesentliche prinzipielle Entscheidung im Ministerium für Staatssicherheit bis hinunter zu den Verhaftungen einflußreicher und hervorragender Menschen“ gegeben habe, die nicht vorher mit Ulbricht abgesprochen worden sei.²²

Mit dem Wechsel an der Spitze wurde zugleich die Eigenständigkeit des MfS als Institution aufgehoben: „Der Ministerrat hat am 23. Juli 1953 gemäß § 7 des Gesetzes vom 23. Mai 1952 über die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen, das Ministerium für Staatssicherheit als Staatssekretariat in das Ministerium des Innern einzugliedern, und hat zur Leitung dieses Staatssekretariats den Staatssekretär Herrn Ernst Wollweber unter Entbindung von seiner Funktion als Leiter des Staatssekretariats für Schifffahrt zum Stellvertreter des Ministers des Innern ernannt.“²³ Dieser Entscheidung war am 30. Juni 1953 ein entsprechender Beschluß des Politbüros vorausgegangen, der seinerseits auf Vorschlag des Vertreters der sowjetischen Geheimpolizei in Berlin-Karlshorst

19 Walter Ulbricht: Die Politik der Partei, ihre Erfolge und ihre Fehler, in: Das 15. Plenum des Zentralkomitees der SED, Berlin 1953, S. 73 („Parteiinternes Material“).

20 Ebenda.

21 Wilhelm Zaisser wurde durch Beschluß des ZK aller Funktionen enthoben und aus dem Zentralkomitee, ein halbes Jahr später auch aus der SED ausgeschlossen. Vgl. dazu Karl Wilhelm Fricke: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung – Strukturen – Aktionsfelder, Köln 1989, S. 27–30 und 204–209.

22 Vgl. Roger Engelmann: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und zu den sowjetischen Beratern 1950–1959, in: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 51–72, hier 54f.

23 Schreiben des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Präsidenten der Volkskammer vom 25.7.1953, zitiert in: Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik (Stenographisches Protokoll), Sitzung vom 30.7.1953, S. 981. – Zur Biographie Wollwebers vgl. Jan von Flocken und Michael F. Scholz: Ernst Wollweber. Saboteur – Minister – Unperson, Berlin 1995, sowie Roger Engelmann und Silke Schumann: Der Ausbau des Überwachungsstaates. Der Konflikt Ulbricht-Wollweber und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR 1957, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995) 2, S. 341–378.

gefaßt, aber vorläufig ausgesetzt worden war, bis ihn das Politbüro laut Protokoll in seiner Sitzung am 18. Juli 1953 bestätigte.²⁴

Als seine vordringlichsten Aufgaben an der Spitze der Staatssicherheit sah Wollweber die radikale Erneuerung des Apparates und die Effektivierung der operativen Arbeit an, speziell durch Ausbau des „inoffiziellen Netzes“ innerhalb und außerhalb der DDR, sowie die Aktivierung und Disziplinierung der Parteiorganisation in der Staatssicherheit, die Intensivierung der „Parteiarbeit“. Auf diese Weise glaubte er das kritische Verhältnis zur Politbürokratie entspannen zu können. Viel Zeit blieb dem neuen Sicherheitschef dazu nicht. Um den Kadern der Staatssicherheit die Irritationen über den Juni-Aufstand und den Sturz Zaissers zu nehmen, waren binnen weniger Wochen intern Versammlungen der Grundorganisationen der SED und Parteiaktivtagungen inszeniert worden. Zum 21. August 1953 berief er eine Dienstbesprechung nach Ostberlin ein, an der die Leiter aller operativen Abteilungen in der Zentrale mit Ausnahme der Abteilung XV²⁵ sowie die Bezirkschefs der Staatssicherheit teilnahmen.²⁶ Neben Wollweber referierten Erich Mielke, Otto Last, Martin Weikert, Joseph Gutsche, Rudolf Menzel und andere hohe Offiziere der Staatssicherheit, teils aus der Zentrale, teils aus den Bezirksverwaltungen. Wollweber, als neuer Chef der Staatssicherheit für deren Fehler und Versagen nicht mitverantwortlich, brauchte in der kritischen Einschätzung des bislang Geleisteten keinerlei Nachsicht oder Rücksicht zu üben. Statt dessen plädierte er für „eine entschlossene Wendung in der ganzen Arbeit“, wobei er gleich einleitend auf das 15. Plenum des ZK unmittelbar Bezug nahm:

„Auf dem 15. Plenum des ZK wurde bereits festgestellt, daß wir die faschistischen und sozialdemokratischen Organisationen und Zentren nicht entdeckt hatten und nach dem 17. Juni keine bedeutenden Resultate in den Agenturen hatten. Wir hatten keine Kenntnis von der Konzentration feindlicher Elemente an bestimmten wichtigen Punkten. Wir hatten keine Verbindung und Zusammenarbeit mit den Parteiorganisationen in den Bezirken, Kreisen und Betrieben. Wir hatten keine persönliche Verantwortlichkeit gegenüber schlechten Ergebnissen in der Arbeit. Wir hatten vollkommen verkannt die Bedeutung der Aufgaben in bezug auf Westdeutschland und Westberlin. Wir haben weiter unterschätzt die Bedeutung der Tätigkeit des Ostbüros [der SPD] und seiner Agenturen.“²⁷

Von den Schlußfolgerungen, die Wollweber nach seiner Analyse zur Verbesserung der Arbeit in der Staatssicherheit zog, sind im gegebenen Kontext zwei besonders hervorzuheben. Erstens forderte er vehement ein „Eindringen in die feindlichen Zentralen“, worauf noch zurückzukommen sein wird, und zweitens unterstrich er, natürlich, die Notwendigkeit zu verbesserter Parteiarbeit, ohne

24 Vgl. dazu Schumann: Partiererziehung in der Geheimpolizei, S. 31, Anm. 106.

25 Damals zuständig für „Agenturen im Strafvollzug“. Ende 1953 aufgelöst.

26 Protokoll der Dienstbesprechung mit den Leitern der Bezirksverwaltungen und den Abteilungsleitern im Staatssekretariat vom 21.8.1953; BSfU, ZA, SdM 1921, Bl. 203–228 (Auszug als Dokument 1).

27 Ebenda, Bl. 203.

sich inhaltlich selbst dazu zu äußern. Vielmehr kündigte er „in der nächsten Zeit“ einen diesbezüglichen Beschluß des Politbüros an, „ein Dokument über die Parteiorganisation im Staatssekretariat und in den Organen für Staatssicherheit über die Aufgaben, Verhältnis und Bedeutung dieser Parteiorganisation.“²⁸ Ein weiteres Papier des Politbüros, das Wollweber in diesem Zusammenhang in Aussicht stellte, sollte generell die Arbeit des Staatssekretariats behandeln.

Zehn Tage nach dieser Ankündigung lag dem Politbüro der Entwurf zu einem Beschluß über die Arbeit der Parteiorganisation in der Staatssicherheit vor.²⁹ Der Entwurf wurde in dieser Form nie spruchreif, und es kann als gesichert angenommen werden, daß er am sowjetischen Widerstand scheiterte.³⁰ Gleichwohl spiegelte sich in diesem Entwurf, an dessen Formulierung Otto Walter, damals Chef der Parteiorganisation im Staatssekretariat, mitgewirkt hatte, in frappanter Weise das Denken wider, das damals die Politbürokratie hinsichtlich der Staatssicherheit beseelt hat. In einer präambelhaften Einleitung wurde darin zunächst erneut Fundamentalkritik an der Arbeit des MfS unter Leitung Wilhelm Zaissers geübt. Sie war offenbar dazu gedacht, etwa noch vorhandene Sympathien für ihn in den Reihen der Tschekisten restlos zu tilgen und die politisch-ideologische Erziehungsarbeit in der Staatssicherheit, die genuine Aufgabe der Parteiorganisation, gleichsam verbindlich festzulegen.

Das Verdikt – um nichts anderes handelte es sich – begann mit der lakonischen Feststellung, daß das ehemalige MfS „den ihm gestellten Aufgaben nicht gerecht geworden“ sei, worauf nachstehend wiedergegebene Begründung folgte:

„Durch das parteifeindliche und defätistische Verhalten des ehemaligen Ministers Zaisser sowie durch die falsche Einstellung einiger Mitglieder der Leitung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit zur Parteiarbeit wurden die Organe für Staatssicherheit in ihrer Schlagkraft gelähmt. Der Kampf gegen die feindlichen Agenturen wurde nicht energisch durchgeführt. Die Stärke der faschistischen Untergrundorganisation wurde unterschätzt. Demzufolge gab es keine Konzentration des Kampfes gegen die faschistische Untergrundbewegung. Die gegen das Ostbüro der SPD und seine Filialen in der DDR ergriffenen Maßnahmen waren unzureichend und ungenügend. Sie waren von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil wir weder in den feindlichen Agenturen außerhalb der DDR, noch in den zahlreichen Untergrundorganisationen in unserer Republik Informatoren hatten, ebenfalls weil für den Kampf gegen die Untergrundorganisationen des Ostbüros Mitarbeiter mit wenig Parteierfahrung eingesetzt und diese ungenügend angeleitet und kontrolliert wurden.“³¹

28 Ebenda, Bl. 208.

29 Vorlage der Abteilung Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen an das Sekretariat des ZK vom 31.8.1953; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/5/2, Bl. 169–176; textidentisch mit: Entwurf für einen Beschluß des Politbüros o. D. über die Arbeit der Parteiorganisation im Staatssekretariat für Staatssicherheit des MdI; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 159–164. Vollständig dokumentiert bei Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei, S. 160–165.

30 Engelmann: Diener zweier Herren, S. 57. Vgl. auch das Kapitel 1.2 der vorliegenden Studie.

31 Entwurf für einen Beschluß des Politbüros vom 31.8.1953, zitiert nach Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei, S. 160.

In einigen Passagen enthielt der Entwurf Formulierungen, die an den Sprachgebrauch der Gestapo erinnerten – so etwa, wenn von „Schädlingsen“ die Rede war, die nicht rechtzeitig festgenommen worden seien. „Dadurch konnten sie ihre verbrecherische Arbeit weiter verrichten. Statt kämpferisch an die Ausrottung unserer Feinde heranzugehen, wurde mit der Verhaftung oft gezögert, obwohl einwandfrei feststand, daß es sich um aktive Klassenfeinde handelte.“³²

Schließlich wurde der Vorwurf der Überheblichkeit, der Schönfärberei und der Isolierung von den Massen erneuert – alles „infolge einer falschen Erziehungsarbeit“ durch die Parteiorganisation. „Die Leitung der Parteiorganisation versuchte nicht, sich kämpferisch gegen die falschen Maßnahmen Zaisers und anderer leitender Funktionäre des ehemaligen Ministeriums durchzusetzen. Sie wich vor Zaiser zurück, obwohl sie manche seiner Anordnungen als falsch erkannte. Sie setzte Zaiser keinen energischen Widerstand entgegen, als er die Parteiarbeit kommandierte und dadurch die innerparteiliche Demokratie verletzte. Dadurch vermochte die Parteiorganisation nicht, die im Ministerium vorhandenen Mißstände ernsthaft zu bekämpfen.“³³ Ulbrichts Handschrift bei der Formulierung dieser Vorwürfe war unverkennbar. Sie stimmten inhaltlich weitgehend mit seiner Kritik an der Arbeit des MfS und seinen Angriffen auf Zaiser auf dem 15. Plenum des ZK überein.

Unter den politisch-erzieherischen Aufgaben, die der Parteiorganisation in der Staatssicherheit in Übereinstimmung mit dem Statut der SED zugeordnet waren, fand sich auch die Verpflichtung zur Kritik und Selbstkritik „zur Überwindung von Fehlern und Mängeln sowohl in der politischen Arbeit als auch in der operativen Arbeit“, wozu ausdrücklich hervorgehoben wurde: „Sie [die Parteiorganisation] schaltet sich in operative Vorgänge größeren Ausmaßes ein, sie hilft den Mitarbeitern in ihrer operativen Arbeit, entwickelt ihr Verantwortungsbewußtsein und zieht die Mitglieder unserer Partei bei ernsthaften Unterlassungen oder Fehlern in der operativen Arbeit zur Verantwortung.“³⁴

Eine strikte Trennung von Parteiarbeit und operativer Arbeit war von der Politbürokratie in dieser Zeit mithin nicht intendiert. Dies hätte bedeutet, daß die Parteiorganisation der SED auch für die operative Arbeit in der Staatssicherheit unmittelbar mitverantwortlich gewesen wäre. Es ist aufschlußreich, daß nahezu vier des insgesamt knapp sieben Seiten umfassenden Entwurfs inhaltlich-politischen Aufgaben vorbehalten waren, während die organisatorischen Regelungen nur drei Seiten umfaßten. Wie schon erwähnt wurde der Entwurf aber in dieser Form nicht umgesetzt. Zu einer Aufweichung der operativen Verantwortung der dienstlichen Leitungen ist es später nicht gekommen.³⁵ Die führende Rolle der SED vermittelte sich weiterhin in erster Linie über das Verhältnis zwischen Politbürokratie und Staatssicherheitsführung.

Die Aktivierung und Erneuerung der Staatssicherheit nach Zaisers Sturz bestimmte nicht nur die politisch-ideologische Arbeit der SED in der Staatssicher-

32 Ebenda, S. 160f.

33 Ebenda, S. 161.

34 Ebenda, S. 162.

35 Vgl. Schumann: Partierziehung in der Geheimpolizei, S. 134–142.

heit, die Disziplinierung ihrer Kader, sie zeitigte auch strukturelle Konsequenzen. Ulbricht selbst, seit dem 15. Plenum des ZK nicht mehr Generalsekretär, sondern nur noch Erster Sekretär des Zentralkomitees, der auf dem 16. Plenum (17.–19. September 1953) des zwischen den Parteitagten formell höchsten beschließenden Gremiums seine Machtposition hatte festigen können, sorgte nun mit ungewöhnlicher Intensität für politische Veränderungen in der Staatssicherheit.

Bereits am 23. September 1953, vier Tage nach dem 16. Plenum, setzte er im Politbüro – von dem er sich am 4. August die Sekretariatszuständigkeit für Sicherheitsfragen hatte übertragen lassen³⁶ – eine erneute Beratung über die Staatssicherheit auf die Tagesordnung. Ein Beschluß³⁷, an dessen Zustandekommen außer Ulbricht nur Otto Grotewohl, Hermann Matern, Karl Schirdewan und Willi Stoph mitgewirkt zu haben scheinen, denn die Namen der übrigen Mitglieder und Kandidaten des Politbüros blieben unerwähnt, zu dessen Beratung allerdings Wollweber, Mielke und Walter hinzugezogen worden waren, setzte sich abermals ungewöhnlich kritisch mit der Arbeit der Staatssicherheit auseinander. Der Entwurf des Beschlusses hatte bezeichnenderweise dem sowjetischen Hochkommissar in der DDR, Wladimir S. Semjonow, und seinem Stellvertreter, Pawel N. Judin, sowie dem Chef der sowjetischen Sicherheitsorgane in Ostberlin, Generalleutnant Jewgeni P. Pitowranow, vorgelegen. Ihre Vorschläge waren in den Beschluß mit eingearbeitet worden.³⁸ Das Verfahren veranschaulicht, welchen Zugriff die sowjetischen „Freunde“ auf die Staatssicherheit betreffende Entscheidungen zu diesem Zeitpunkt noch besaßen, was bei den in Ostberlin gegebenen Machtverhältnissen freilich nicht überrascht.

Vermutlich in Abstimmung mit den Sowjets problematisierte das Politbüro noch einmal das Versagen des MfS im Vorfeld des 17. Juni. „Trotz der vorhandenen großen Anzahl operativer Mitarbeiter erwiesen sich die Organe des MfS der DDR nicht fähig, die Vorbereitung des faschistischen Putsches in Berlin und anderen Städten und Industriezentren der DDR aufzudecken, sie gaben nicht ein einziges Signal über die Vorbereitung der Provokationen.“³⁹ Die Überlegung, daß infolge der Spontaneität des Aufstands dessen „Vorbereitung“ nicht hatte signalisiert werden können, lag den Schlüsselfiguren des Politbüros fern. Sie wurden Opfer der eigenen Agitation, wenn sie der Staatssicherheit weiterhin Versagen in dieser Hinsicht vorhielten. „Trotzdem [sic!] schon drei Monate seit den Ereignissen des 17. Juni vergangen sind, haben die Staatssicherheitsorgane auch bis jetzt nicht die Organisatoren der Provokationen entlarvt. Sie deckten nur wenige faschistische Untergrundzentren auf, obwohl sie auf die Konzentration von sozialdemokratischen und faschistischen Elementen in Leipzig, Halle, Magdeburg und anderen Bezirken hingewiesen wurden.“⁴⁰ Politische Einsichten in die realen Ursachen des 17. Juni wurden gerade auch im Politbüro verdrängt.

36 Vgl. Protokoll der Politbürositzung am 4.8.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/312, Bl. 3.

37 Vgl. Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953; Dokument 2.

38 Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei, S. 36. Vgl. auch Kapitel 1.2 der vorliegenden Studie.

39 Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953; Dokument 2, S. 249.

40 Ebenda.

Unter diesen Voraussetzungen mußte die SED-Führung, bedrängt nicht zuletzt von den sowjetischen „Freunden“, auch zu entsprechenden Schlußfolgerungen für die Arbeit der Staatssicherheit gelangen. Gleichzeitig mit der Weisung, die Strukturen und Mechanismen zur Überwachung und Unterdrückung innerhalb der DDR auszubauen und zu verstärken, wurde der Staatssicherheit aufgetragen, auch ihre operative Arbeit in Westberlin und Westdeutschland grundlegend zu verbessern. Für das Macht- und Entscheidungsmonopol der SED war charakteristisch, daß diesen Beschluß das Politbüro gefaßt hatte, eine Instanz der Partei, und nicht der Ministerrat der DDR oder der Minister des Innern, dem zu dieser Zeit das Staatssekretariat für Staatssicherheit formell unterstellt war.

Zur Koordinierung der Westarbeit verfügte das Politbüro – im gegebenen Zusammenhang durchaus plausibel – die Eingliederung des bis dahin dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zugeordneten Außenpolitischen Nachrichtendienstes der DDR in das Sfs. Insoweit gleicht der Politbürobeschluß vom 23. September 1953 einer Geburtsurkunde der für Spionage und „aktive Maßnahmen“ zuständigen Hauptabteilung XV, aus der drei Jahre später die Hauptverwaltung A des MfS hervorging. Wörtlich hieß es: „Der außenpolitische Aufklärungsdienst der Deutschen Demokratischen Republik wird in das Staatssekretariat für Staatssicherheit eingegliedert. [...] Der Leiter ist Stellvertreter des Staatssekretärs und ihm unmittelbar unterstellt.“⁴¹ Der Beschluß dokumentiert auch, daß die Führung der SED sich keineswegs darauf beschränkt hat, der Staatssicherheit grundsätzliche Weisungen zu erteilen oder allgemeine Rahmenbedingungen vorzuschreiben, sondern konkret strukturelle und kaderpolitische Entscheidungen traf. In diesem Sinne war auch die Stoph und Wollweber übertragene Aufgabe zu verstehen, „bis zum 15. Oktober den Struktur- und Stellenplan des Staatssekretariats für Staatssicherheit unter Beachtung der Gewährleistung einer zuverlässigen Zusammenarbeit zwischen operativen Abteilungen, der Beseitigung der doppelten Arbeit in einzelnen Teilen des Apparates sowie der Vereinfachung der Organisation der Leitung der Staatssicherheitsorgane auszuarbeiten und dem Politbüro des ZK der SED zur Bestätigung vorzulegen“.⁴² Auch dieser Passus veranschaulicht, wie detailliert die Spitze der Partei über Belange der Staatssicherheit entschieden hat.

Dazu paßt ferner die in diesem Zusammenhang Schirdewan, Stoph und Wollweber gemeinsam übertragene Aufgabe, „einen Plan konkreter Maßnahmen zur Einstellung [...] 1.500 politisch zuverlässiger und geschulter Mitglieder der SED und FDJ, darunter 60–70 Fachleute, die über besondere Kenntnisse auf dem Gebiet der Ökonomie und der Technik verfügen, mindestens 100 Mitglieder der Partei, die in der Partei und Arbeiterbewegung erfahren sind, den Kampf gegen das Ostbüro der SPD zu führen, auszuarbeiten und diesen Plan bis zum 15. Oktober dem Politbüro zur Bestätigung vorzulegen“.⁴³

Im zeitlichen Zusammenhang mit den genannten Maßnahmen stand auch die

41 Ebenda, S. 251.

42 Ebenda, S. 254.

43 Ebenda.

Erarbeitung eines Statuts für das Staatssekretariat für Staatssicherheit⁴⁴, das Otto Grotewohl als Ministerpräsident am 15. Oktober 1953 unterzeichnete und somit formell in Kraft setzte. Mit diesem Grundsatzdokument, das bis zum Erlass eines neuen Statuts am 30. Juli 1969 Gültigkeit behielt, hatte die Staatssicherheit erstmals eine interne Bestimmung ihrer Aufgaben und Zuständigkeiten erhalten.

Für das Verhältnis von SED und Staatssicherheit war die unter Ziffer 1 niedergelegte Feststellung erheblich, daß Grundlage der Arbeit im SfS „die Beschlüsse und Direktiven des ZK bzw. des Politbüros der SED“⁴⁵ zu sein hätten. Erst danach nannte das Statut „die Gesetze und Verordnungen bzw. die Anweisungen des Ministerpräsidenten sowie die Befehle und Anordnungen des Ministers des Innern“.⁴⁶ Folgerichtig schrieb das Statut unter Ziffer 5 vor, daß die Bestätigung der leitenden Kader in der Staatssicherheit entsprechend der Nomenklatur des ZK der SED zu erfolgen hätte.

In seinem Beschluß erneuerte das Politbüro im übrigen den Vorwurf an Zaisser, die Organe der Staatssicherheit „von der Parteileitung und ihrer Kontrolle“ isoliert zu haben. „Die führende Rolle der Partei wurde mißachtet.“⁴⁷ Um die Aktivität der Parteiorganisationen in der Staatssicherheit zu verbessern und ihre Funktion bei der Erziehung der Kader zu verstärken, ordnete das Politbüro an, „die Parteiorganisationen in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen den entsprechenden Bezirks- und Kreisparteiorganen zu unterstellen“, um so „eine aktive und tägliche Leitung der parteipolitischen Arbeit in den Organen zu gewährleisten und zu erwirken, daß alle operativen Mitarbeiter die Politik der SED und die sich aus dem neuen Kurs ergebenden Aufgaben gut kennen und all ihre Kräfte und ihr Können für die ehrenvolle Sache der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik einsetzen“.⁴⁸

Die Botschaft des Politbürobeschlusses war unmißverständlich: Die Staatssicherheit hatte uneingeschränkt „Schild und Schwert der Partei“ zu sein. Ulbricht verfolgte eine doppelte Zielsetzung. Einerseits ging es ihm darum, die operative Arbeit der Staatssicherheit sowohl DDR-intern als auch DDR-extern zu aktivieren, zu intensivieren und aus einer eher defensiv angelegten Konzeption, wie sie dem politischen Denken Zaisers entsprochen hatte, in eine offensive Alternative mit Stoßrichtung gegen Westberlin und Westdeutschland zu transformieren. Andererseits wollte der Parteichef die ideologische Disziplinierung der Kader in der Staatssicherheit und ihre Kontrolle durch die Politbürokratie gewährleistet wissen, gleichzeitig aber den Chef der Staatssicherheit von der Führung der Partei fernhalten. Anders als Zaisser durfte Wollweber niemals Mitglied des Politbüros werden.

Als die Mitglieder des Sekretariats der Parteileitung der Staatssicherheit in Anwesenheit Wollwebers und seiner Stellvertreter am 3. November 1953 eine

44 Statut des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 15.10.1953; BStU, ZA, SdM 1574, Bl. 1f.

45 Ebenda.

46 Ebenda.

47 Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953; Dokument 2, S. 250.

48 Ebenda, S. 253. Ausführlich Schumann: Parteeziehung in der Geheimpolizei, S. 57–67.

erste Einschätzung der bis dahin erreichten Erfolge vornahmen, hieß es zwar, daß die Struktur der Parteiorganisation verändert worden war, „um sie näher an ihre eigentlichen Aufgaben heranzubringen“, aber gleichwohl zeigten sich die verantwortlichen Funktionäre keineswegs zufrieden: „Ein besonderes Problem bei uns: Parteisekretäre haben den Blick zu sehr nach innen gerichtet als vielmehr nach außen auf den Feind“, lautete die selbstkritische Feststellung. „Man kann bei der Staatssicherheit die Aufgaben der Parteiorganisation von den Aufgaben der Organe der Staatssicherheit als solche nicht trennen.“⁴⁹ Das entsprach ganz der Philosophie, wonach Arbeit in der Staatssicherheit als „spezifische Parteiarbeit“ gedeutet wurde.

Die Beratung im Sekretariat der Parteileitung diente zudem der Vorbereitung einer zentralen Dienstkonferenz im Staatssekretariat für Staatssicherheit, die am 11./12. November 1953 in Ostberlin stattfand. Auf ihr ergriffen Hermann Matern, damals Mitglied des Politbüros und Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission der SED, und Ernst Wollweber das Wort zu Referaten, die ihrer politischen Bedeutung wegen sogar schriftlich ausgefertigt und zusätzlich auf Tonband vervielfältigt wurden, um sie für interne Schulungszwecke zur Verfügung stellen zu können.⁵⁰ Gleichsam zur Einstimmung der versammelten Genossen wurde die Dienstkonferenz durch Verlesung zweier Dokumente eingeleitet, bei denen es sich um den Politbürobeschuß vom 23. September 1953 und um das Statut des SfS vom 15. Oktober 1953 gehandelt haben dürfte. Beide Texte waren selbst den leitenden Kadern der Staatssicherheit bis dahin nicht bekannt.

Matern, damals der nach Ulbricht einflußreichste Mann im Politbüro, bekräftigte nach Ausführungen zur internationalen und deutschlandpolitischen Lage die Kritik an Zaisser, dem er eine „defätistische Auffassung“ und „kapitulantenhafte Vorstellung von der Einheit Deutschlands“ vorwarf, nicht ohne dabei erneut die Legende vom 17. Juni als von westlicher Seite inszenierten Putschversuch zu bemühen, aber auch das Versagen der Staatssicherheit zu geißeln. „In diesen Tagen zeigte sich auch, daß die Organe der Staatssicherheit ihren Aufgaben nicht gewachsen waren. Das hat natürlich in erster Linie politische Ursachen.“⁵¹ Die Hauptursache machte Matern an dem Verhältnis des MfS zur Politbürokratie fest.

„Zaisser glaubte, sich in seinem Versuch, die Parteiführung zu erobern, auf seine Staatsposition stützen zu können. Deshalb hat er schon mit der Schaffung des Ministeriums für Staatssicherheit begonnen, eine Mentalität zu schaffen, das Ministerium über die Partei zu stellen. Die Auffassung, daß die Staatssicherheitsorgane außerhalb oder über der Partei stehen, ist bei den Mitarbeitern ziemlich weit verbreitet. Aber es muß ein für allemal damit Schluß sein. Es

49 Kurze Niederschrift über die Besprechung des Staatssekretärs und der Stellvertreter mit dem Sekretariat der Betriebsparteileitung am 3.11.1953; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 201.

50 Vgl. Referat von Hermann Matern auf der Dienstkonferenz am 11.11.1953; Dokument 5, und Referat des Staatssekretärs Wollweber auf der Dienstkonferenz am 11./12.11.1953; Dokument 6.

51 Referat von Hermann Matern; Dokument 5, S. 263.

gibt nichts neben und nichts über der Partei. Alle Organe sind der Partei untergeordnet und werden von der Partei geleitet. Alles, was wir sind, sind wir durch die Partei.“⁵²

Offensichtlich argwöhnte der „Großinquisitor“ der Partei, daß „diese gefährliche Erscheinung, sich über die Partei zu stellen“, in der Staatssicherheit „noch nicht völlig überwunden“ sei. „Wie die Tatsachen aber beweisen, wird der, der sich über die Partei stellt oder Staatspositionen zum Kampf gegen die Partei benutzen will, unbedingt scheitern.“⁵³ Neben der unterschweligen Drohung war Matern gleichzeitig bestrebt, den nach Zaissers Sturz verunsicherten Kadern der Staatssicherheit neues Selbstbewußtsein einzuflößen. Das belegen folgende Passagen seiner Rede:

„Auf dem 15. Plenum wurde das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit ernsthaft kritisiert. Diese Kritik hat nur zum Ziel, die Organe der Staatssicherheit zu festigen und schlagkräftiger zu machen. Es wäre völlig falsch, aus der Kritik der Partei die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Arbeit der Staatssicherheit bei uns abgeschwächt werden soll. Ganz im Gegenteil. Ich brauche nicht auseinanderzusetzen, daß der Klassenkampf an Schärfe zunimmt. Wir haben ein gespaltenes Vaterland. Die imperialistischen Agenturen und die Adenauer-Bande versuchen alles, um die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern. Wir wissen, daß der Aufstieg zu einem besseren Leben anziehend auf die Werktätigen in Westdeutschland wirkt. Die Schläge, die in den letzten Tagen von euch gegen Agentengruppen in der Deutschen Demokratischen Republik erfolgten, zeigen ein Ausmaß der erfolgreichen Arbeit und daß ihr stärker geworden seid, die Agenten vernichtend zu schlagen.“⁵⁴

Um das Gespenst des Defätismus aus der Staatssicherheit zu verscheuchen, wurde Matern noch massiver: „In den Reihen der Staatssicherheit darf es keinen Liberalismus geben gegen die Feinde unserer Republik. Wir müssen hart und rücksichtslos zuschlagen. Für knieweiche Pazifisten oder Mondgucker ist in unseren Reihen kein Platz. Genosse Ulbricht hat einmal auf einer ZK-Sitzung erklärt: ‚Wir müssen die Deutsche Demokratische Republik zu einer Hölle für die feindlichen Agenten machen.‘ Genossen, das ist im wesentlichen eure Aufgabe.“⁵⁵ Das waren Ermutigungen, wie sie die Tschekisten nach dem 17. Juni nötig hatten – Stalinismus ohne Stalin.

Matern schloß seine an intellektuellem Niveau kaum zu unterbietende Rede mit Ausführungen zur Rolle der Parteiorganisationen. „Im wesentlichen haben die Parteiorganisationen in den Organen der Staatssicherheit die gleichen Aufgaben wie die übrigen Parteiorganisationen. Wir haben deswegen beschlossen, das wurde auch vordem mitgeteilt, die selbständige Parteiorganisation von oben bis unten aufzuheben. Die Parteiorganisation im Staatssekretariat wird vom ZK direkt angeleitet und die Parteiorganisationen in den Bezirken und Kreisen werden

52 Ebenda, S. 265.

53 Ebenda.

54 Ebenda, S. 266.

55 Ebenda, S. 266f.

angeleitet von der jeweiligen Bezirksleitung. Wir wollen eine engere Verbindung zur Partei erreichen.“⁵⁶ Der Sache nach wiederholte Matern mit diesen Hinweisen nur, was im Politbürobeschluss vom 23. September 1953 schon präzise ausgeführt worden war.

Wollweber ging in seinem Referat vor allem auf die operative Arbeit der Staatssicherheit ein und sprach sich unter Hinweis auf den Schlag „gegen die faschistischen Spionage-, Zersetzungs- und Diversionsorganisationen“ – gemeint war die Aktion „Feuerwerk“⁵⁷ – für den Ausbau des inoffiziellen Informationsnetzes der Staatssicherheit sowohl innerhalb wie außerhalb der DDR aus, „um in alle Organisationen und Zentren des Gegners einzudringen“.⁵⁸

Interessant und für den neuen politischen Stil der Staatssicherheit charakteristisch war Wollwebers Ankündigung, Ergebnisse und Erfolge in der operativen Arbeit künftig für die Agitation und Propaganda in der DDR sowie für die psychologische Kriegsführung gegen Westberlin und Westdeutschland nutzbar zu machen. „Wollen wir auf der einen Seite auf diese Weise die Wachsamkeit der Bevölkerung erhöhen und den Wirkungskreis der Organe der Staatssicherheit erweitern, so wollen wir auf der anderen Seite die Zentren der feindlichen Tätigkeit desorientieren und unsicher machen, dem einzelnen Agenten feindlicher Organisationen die Gefährlichkeit seines Tuns vor Augen führen, daß er nur kurze Zeit gefährlich in Freiheit leben kann und dann lange sitzen muß, wenn er seine Tätigkeit fortführt.“⁵⁹

Mit der zentralen Dienstkonferenz im SfS am 11. und 12. November 1953 wurde die Auseinandersetzung mit Zaisser innerhalb der Staatssicherheit beendet. Der Einfluß der Politbürokratie auf die Sicherheitsorgane war eindeutig gestärkt. Innerhalb der SED war die Zaisser-Affäre jedoch noch nicht ad acta gelegt. Um die eigene Position in der Politbürokratie zu behaupten und zu festigen und die politische Kontrolle der Staatssicherheit künftig gewährleistet zu wissen, wurde diese Auseinandersetzung von Ulbricht bewußt instrumentalisiert und gleichsam exzessiv geführt. Ganz in diesem Sinne nutzte der Erste Sekretär des ZK die zum 22./23. Januar 1954 einberufene 17. Plenartagung des Zentralkomitees, um Zaisser politisch den Garaus zu machen. Zusammen mit Rudolf Herrnstadt, seinerzeit Kandidat des Politbüros und Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, wurde er „nach Abschluß der Untersuchungen über die parteifeindliche Gruppe Zaisser-Herrnstadt“⁶⁰ aus der SED ausgeschlossen.

Den politischen Schlußpunkt zur Zaisser-Affäre setzte erst der IV. Parteitag der SED, der vom 30. März bis 6. April 1954 in Ostberlin abgehalten wurde. Matern sprach als Vorsitzender der ZPKK ein endgültiges Verdikt über die „partei-feindliche Gruppe“ und erklärte unter dem Beifall der Delegierten: „Für Fraktionisten und Vertreter des Sozialdemokratismus ist in den Reihen der Partei kein

56 Ebenda, S. 270.

57 Vgl. dazu die Darstellung der Aktion „Feuerwerk“ in Kapitel 2.1 der vorliegenden Studie.

58 Referat von Ernst Wollweber am 11./12.11.1953; Dokument 6, S. 275.

59 Ebenda.

60 Autorenkollektiv: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil III, (Ost-)Berlin 1967, S. 408 f.

Platz. Deshalb wurden Herrnstadt und Zaisser aus der Partei ausgeschlossen.“⁶¹ Bezüglich des Verhältnisses der SED-Führung zur Staatssicherheit bedeuteten Ulbrichts Dank und Lob an die Adresse Wollwebers „für eine bessere Arbeit der staatlichen Sicherheitsorgane“⁶² ein politisches Entspannungssignal. Der Chef der Staatssicherheit nahm es unverzüglich auf:

„Die Feststellung des Genossen Walter Ulbricht, daß sich die Arbeit der Organe der Staatssicherheit seit der Entfernung Zaisers verbessert hat, ist den Genossen in der Staatssicherheit Verpflichtung, nach diesem Parteitag in verstärktem Maße alles zu tun, um die Organe der Staatssicherheit in einen solchen Zustand der Kampffähigkeit zu versetzen, daß sie auch unter den Bedingungen eines sich noch weiter verschärfenden Klassenkampfes und trotz großer Anstrengungen der feindlichen Zentren ihre Aufgabe erfüllen werden.“⁶³ Wollwebers Äußerung war mehr als ein Lippenbekenntnis. Der Schluß seiner Rede gedieh zu einer tschekistischen Huldigung an die SED.

„Unsere Genossen in der Staatssicherheit haben einen besonderen Auftrag; aber das ist ein Parteauftrag. Unsere Partei – das hat sich auch bei der Entlarvung Zaisers gezeigt – kann sich auf die Genossen in der Staatssicherheit verlassen. Das muß auch so sein, denn die Staatssicherheit soll ein scharfes Schwert sein, mit dem unsere Partei den Feind unerbittlich schlägt, gleichgültig, wo er sich festgesetzt hat.“⁶⁴

Das waren Worte in Ulbrichts Sinn, wie es überhaupt dem neuen politischen Stil der Staatssicherheit entsprach, daß ihr Chef auf einem Parteitag der SED eine Rede hielt. Zaisser hatte weder 1950 auf dem III. Parteitag noch 1952 auf der 2. Parteikonferenz das Wort ergriffen, obwohl jedesmal Belange der inneren Sicherheit zur Sprache gebracht worden waren.

Ein weiteres Element des neuen politischen Stils, der sich unter Wollwebers Ägide in der Staatssicherheit einbürgerte, stellte sein und seines Stellvertreters Auftreten auf Plenartagungen des Zentralkomitees der SED dar, wo sie von Zeit zu Zeit über die Arbeit der Staatssicherheit berichteten. Formal war Wollweber durch seine Wahl als Mitglied des ZK durch den IV. Parteitag dazu legitimiert. Mielke gehörte dem ZK bereits seit dem III. Parteitag als Mitglied an.

Ulbricht sorgte andererseits dafür, daß sich das ZK nach dem IV. Parteitag gleich zweimal innerhalb von acht Monaten mit der Arbeit der Staatssicherheit befaßte – auf dem 20. Plenum (8./9. September 1954) und auf dem 23. Plenum (13.–15. April 1955). Auf die politische Aufwertung des SfS bedacht, nutzten Wollweber und Mielke das Forum des Zentralkomitees natürlich, um Erfolge der operativen Arbeit zu bilanzieren. Sie wirkten dabei gleichsam in verteilten Rollen. Wollweber, ganz „Staatsmann“, behielt sich eher prinzipielle politische Aussagen zur Staatssicherheit und ihrer Strategie und Taktik vor, auch die For-

61 Hermann Matern: Bericht der Zentralen Parteikontrollkommission, in: Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SED, Bd. 1, (Ost-)Berlin 1954, S. 221.

62 Walter Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und der Kampf um das neue Deutschland, in: ebenda, Bd. 2, S. 62.

63 Ernst Wollweber in der Diskussion des IV. Parteitages, in: ebenda, S. 703.

64 Ebenda, S. 710.

mulierung neuer Aufgaben: „Es hat keinen Zweck mehr, darüber zu reden, daß es richtig war, daß die Staatssicherheit aus der Anonymität heraustrat“, erklärte er zum Beispiel auf dem 20. ZK-Plenum. „Es ist erwiesen, daß das richtig war. Das ist klar. Aber die Aufgaben stehen etwas anders, erweitert. Wir müssen heute dazu kommen, durch die operative Arbeit der Staatssicherheit der politischen Führung unserer Partei Waffen in die Hand zu geben für ihren politischen Kampf.“⁶⁵ Mielke dagegen unterbreitete den Mitgliedern des ZK zum Beispiel konkrete „Analysen“ aus der operativen Praxis. So berichtete er auf dem 20. Plenum ausführlich über die am 2. August 1954 schlagartig durchgeführte Großaktion „Pfeil“ – so die interne Deckbezeichnung –, in deren Verlauf angeblich 547 sogenannte Agenten und Spione „unschädlich“ gemacht wurden. Auf dem 23. Plenum informierte er verhältnismäßig detailliert über eine ähnliche, im Sfs unter dem Codewort „Blitz“ geplante und durchgeführte Aktion, der 521 „Agenten“ und „Spione“ in der DDR und in Westberlin zum Opfer gefallen seien.⁶⁶

Immerhin hatte sich das Verhältnis der SED zur Staatssicherheit bis zum Herbst 1955 dermaßen verbessert, daß Wollwebers Apparat und seinen Organen eine demonstrative Aufwertung zuteil wurde. Das Staatssekretariat wurde aus seiner von seinen Kadern stets als diskriminierend empfundenen Eingliederung in das Ministerium des Innern erlöst. Am 24. November 1955 beschloß der Ministerrat im Zuge mehrerer Strukturveränderungen im Regierungsapparat auch die folgende: „Das Staatssekretariat für Staatssicherheit wird in ein Ministerium für Staatssicherheit umgewandelt.“⁶⁷ Damit war der Status quo der Ära Zaisser wiederhergestellt. Das MfS mit Wollweber als Minister an der Spitze hatte seine Eigenständigkeit im Rahmen der Diktatur der SED wiedererlangt. Ulbrichts Einstellung zur Staatssicherheit hatte sich offenkundig positiv gewandelt, auch wenn die Parteiarbeit im MfS noch manche Mängel aufwies. Rückschlüsse aus der Direktive 1/56 über die Beseitigung von Hemmnissen bei der Entfaltung eines innerparteilichen Lebens durch eine unbehinderte Kritik und Selbstkritik in den Parteiorganisationen der Organe der Staatssicherheit, die der Minister am 10. Februar 1956 erließ, erlauben jedenfalls diese Folgerung.⁶⁸

Das ungetrübte Einvernehmen zwischen dem Ersten Sekretär des ZK der SED und dem Minister für Staatssicherheit sollte indes nicht lange andauern. Die Verwerfungen in der DDR infolge des „politischen Tauwetters“ im Jahre 1956, die Auswirkungen einerseits des XX. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (14.–25. Februar 1956), auf dem der sowjetische Partei- und Re-

65 Referat von Ernst Wollweber auf dem 20. ZK-Plenum am 9.9.1954; Dokument 11, S. 311.

66 Vgl. die Reden Erich Mielkes auf dem 20. ZK-Plenum am 8.9.1954; Dokument 10, und auf dem 23. Plenum am 14.4.1955; Dokument 15. Siehe dazu auch die Kapitel 2.2 und 2.3 der vorliegenden Studie.

67 Bekanntmachung des Beschlusses des Ministerrates über die Veränderung der Struktur des Regierungsapparates vom 24.11.1955, in: Gesetzblatt der DDR vom 4.1.1956 (Nr. 1), S. 1.

68 Direktive 1/56 des Ministers für Staatssicherheit über die Beseitigung von Hemmnissen bei der Entfaltung eines innerparteilichen Lebens durch eine unbehinderte Kritik und Selbstkritik in den Parteiorganisationen der Organe der Staatssicherheit vom 10.2.1956; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/102. Dokumentiert bei Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei, S. 200–204.

gierungschef Nikita S. Chruschtschow eine bedingte „Entstalinisierung“ einleitete, und andererseits der 3. Parteikonferenz der SED (24.–30. März 1956), auf der die Staatspartei der DDR ihre sogenannten Schlußfolgerungen aus dem Moskauer Kongreß zog, beschworen nicht zufällig einen neuen Konflikt zwischen Ulbricht und Wollweber herauf. Er sollte zum zweiten Mal zum Sturz eines Ministers für Staatssicherheit in Ostberlin führen.⁶⁹

1.2. Die Rolle der sowjetischen Berater

Eine entscheidende Einschränkung der „führenden Rolle der Partei“ war in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre durch die Stellung der sowjetischen „Brudermacht“ gegeben, deren Sicherheitsorgane auf verschiedenen Ebenen einen maßgeblichen Einfluß auf Ausrichtung und Tätigkeit der DDR-Geheimpolizei ausübten. Die DDR besaß bis zum September 1955 ohnehin auch formell nur eine eingeschränkte Souveränität, und auf dem Feld der Staatssicherheit war der Führungsanspruch der Sowjets naturgemäß besonders ausgeprägt. Hier beanspruchte der Apparat der für die Staatssicherheit zuständigen sowjetischen Instrukteure bzw. Berater eine weitgehende Entscheidungs- und Federführungskompetenz. An der Spitze dieses Apparats stand der Ostberliner „Chefresident“ der sowjetischen Sicherheitsorgane und oberster „Chefberater“ der Staatssicherheit – ausnahmslos ein Geheimdienstoffizier im Generalsrang, der zumindest zeitweise auch die Funktion eines für Sicherheitsfragen zuständigen Stellvertreters des sowjetischen Botschafters ausübte.⁷⁰ Angesichts der dominanten Stellung der „Freunde“ gegenüber der DDR-Geheimpolizei kann man diese in den fünfziger Jahren mit Fug und Recht als „Diener zweier Herren“⁷¹ bezeichnen.

Besonders stark war die Stellung der sowjetischen Organe in der Phase vor dem 17. Juni 1953, also in der Amtszeit Wilhelm Zaisers als Minister für Staatssicherheit: Die strukturell noch schwache DDR-Staatssicherheit wurde in dieser Zeit vom sowjetischen Instrukteurapparat umfassend angeleitet.⁷² Wie aus

69 Vgl. dazu Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, BStU, Berlin 1995.

70 Für Jewgeni P. Pitowranow („Chefberater“ 1953–1957) ist diese Funktion jedenfalls nachweisbar. Vgl. Wollweber an Ulbricht vom 14.9.1954; BStU, ZA, SdM 1201, Bl. 298f.

71 Wortprägung bei Walter Süß: „Schild und Schwert“ – Das Ministerium für Staatssicherheit und die SED, in: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 88. Zur Thematik: Engelmann: Diener zweier Herren.

72 George Bailey, Sergej A. Kondraschow und David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 65–80 und 379–383. Vgl. außerdem Bernhard Marquardt: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VIII: Das Ministerium für Staatssicherheit – Seilschaften, Altkader, Regierungs- und Vereinigungskriminalität, Baden-Baden 1995, S. 297–361, hier 302f.; siehe auch die mit zahlreichen Dokumenten angereicherte Fassung in: Karl Wilhelm Fricke und Bernhard Marquardt: DDR Staatssicherheit. Das Phänomen des Verrats. Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, Bochum 1995, S. 50–169.

einem Bericht des damaligen MGB-„Residenten“ in Berlin, Generalmajor Michail K. Kawerznew, von Februar 1952 hervorgeht, besaßen die sowjetischen Instruktoren in der Anfangszeit die uneingeschränkte operative Federführung in den Dienstseinheiten des MfS und übernahmen in aller Regel die Bearbeitung der bedeutsameren Vorgänge selbst. Auch die Anleitung und Kontrolle der Länderverwaltungen der Staatssicherheit oblag in dieser Zeit nicht primär der Berliner Zentrale des MfS, sondern dem sowjetischen Instruktorenapparat. Um die Jahreswende 1951/52 erfolgte dem Bericht Kawerznews zufolge eine erste Stärkung der Eigenverantwortung des MfS durch die Übergabe von Vorgängen, die bis dahin von sowjetischer Seite bearbeitet worden waren, an deutsche Offiziere und durch die Einführung der direkten Berichterstattung der Länderverwaltungen an die Zentrale des MfS – diese war bis dahin offenbar über die Instruktoren gelaufen.⁷³ Zu den damals in der Staatssicherheit tätigen Instruktoren liegt zwar bisher keine Gesamtzahl vor, sie dürfte aber dreistellig gewesen sein.⁷⁴

In den MfS-Akten finden sich für diese Zeit Informationen zur Stellung und Rolle der Instruktoren im Apparat der Staatssicherheit – vorwiegend verstreut in Unterlagen mit operativem Charakter –, die belegen, daß die den Dienstseinheiten zugeordneten sowjetischen Instruktoren tatsächlich ungehinderten Einblick in die operative Tätigkeit und De-facto-Weisungsbefugnisse hatten. Häufig wurde die Staatssicherheit überhaupt erst auf Veranlassung der sowjetischen Stellen aktiv, und selbst wenn sie Verhaftungen aus eigener Initiative vornahm, durfte sie Anfragen von Angehörigen Verhafteter nur mit Zustimmung der Instruktoren beantworten.⁷⁵ Auch in der Kaderpolitik scheint ihr Einfluß bestimmend gewesen zu sein. Aufschlußreich hierfür ist ein Schriftstück der „Freunde“ von 1952, in dem – unter detaillierter Angabe der notwendigen Qualifikationen – von der SED-Führung faktisch die Rekrutierung von 127 wissenschaftlich-technischen Hochschulkadern für die volkswirtschaftlichen Linien der Staatssicherheit gefordert wird.⁷⁶

Es besteht kein Zweifel, daß die politischen Machtkämpfe des Frühsommers 1953 in Moskau und Ostberlin das Verhältnis zwischen DDR-Staatssicherheit und ihren Beratern berührte. Quellenbedingt liegen diese Vorgänge aber immer noch weitgehend im dunkeln. Inwieweit Wilhelm Zaisser zu dieser Zeit als verlängerter Arm einer deutschlandpolitischen Strategie Berijas fungierte, die auf

73 Generalmajor Kawerznew an den Chef des MGB Ignatiew vom 29.2.1952, auszugsweise dokumentiert bei: Sergei A. Kondraschew: Stärken und Schwächen der sowjetischen Nachrichtendienste, insbesondere in bezug auf Deutschland in der Nachkriegszeit, in: Wolfgang Krieger und Jürgen Weber (Hrsg.): Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München 1997, S. 145–153, hier 152.

74 Ein Stellenplan vom September 1958 weist knapp 100 „Freunde“ (einschließlich Dolmetscher und Experten) aus; Verzeichnis der sowjetischen Berater beim MfS der DDR, Stand: 12. September 1958; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62. Man muß dabei in Rechnung stellen, daß die Anzahl der Berater zwischen 1953 und 1958 erheblich geschrumpft ist.

75 Richtlinie Nr. 4 vom 6.1.1951: Verfahrensweise bei Anfragen von Angehörigen verhafteter oder festgenommener Personen durch das MfS, auch Verfahrensweise bei Personen, die sich in der Gewalt sowjetischer Dienststellen befinden; BStU, ZA, DSt 101094.

76 Russisches Schreiben ohne Kopf, ohne Datum, ohne Unterschrift, einschließlich Übersetzung vom 22.12.1952; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62.

die Ablösung Ulbrichts und eine Öffnung gegenüber dem Westen zielte, muß noch durch weitere Forschungen geklärt werden.⁷⁷ Einige Bemerkungen, die Zaisser im Frühsommer 1952 und unmittelbar vor dem 17. Juni 1953 gemacht haben soll, könnten jedenfalls darauf hindeuten, daß er in deutschlandpolitische Plan-spiele der sowjetischen Seite eingeweiht war, in der die Preisgabe der DDR eine mögliche Option war.⁷⁸ Tatsache ist, daß der Aufstand am 17. Juni 1953 die Position der Ulbricht-Gegner im Politbüro untergrub und der anschließende Sturz Berijas ihnen endgültig den Boden unter den Füßen wegzog.

Parallel zur Liquidierung des gefürchteten Chefs des erweiterten MWD wurde Ende Juni 1953 auch der in Berlin weilende Sonderbeauftragte Berijas und desig-nierte MWD-„Resident“ Amajak Kobulow verhaftet und nach Moskau zurück-gebracht.⁷⁹ Der von der sowjetischen Führung um Chruschtschow, Malenkov und Molotow gegen Berija erhobene Vorwurf, er habe die DDR preisgeben wol-len, verschaffte Ulbricht und den anderen Hardlinern im SED-Politbüro Munition gegen ihre Widersacher. Nachdem sich der SED-Chef Anfang Juli in Moskau die entsprechende politische Rückendeckung geholt hatte, war die Entmachtung seines Hauptivalen in der Parteiführung, Rudolf Herrnstadt, und die Absetzung Zaisers als Staatssicherheitschef nur noch eine Frage der Zeit. Auf der Linie der Vorwürfe gegen Berija konnte ihnen jetzt eine defätistische parteifeindliche Verschwörung vorgeworfen werden.⁸⁰

Besonders aufschlußreich für die Rolle der sowjetischen Berater ist die Ge-schichte des schon ausführlich zitierten Entwurfs für einen Politbürobeschuß über die Arbeit der Parteiorganisation im Staatssekretariat für Staatssicherheit, der im August 1953 maßgeblich vom Parteisekretär der Staatssicherheit Otto Walter ausgearbeitet wurde. Der Text enthielt grundlegende Aussagen zum Ver-hältnis zwischen territorialen Parteileitungen und den entsprechenden Dienst-stellen des Staatssicherheitsdienstes. Neben umfassenden Informationspflichten der Bezirksverwaltungen gegenüber den 1. Sekretären der territorialen Bezirks-leitungen nannte der Entwurf deren Auftragsbefugnis in „parteilichter“ und „fachlicher Hinsicht“. Ausdrücklich erwähnt werden operative Aktionen, Fest-nahmen und die Konzentration der Arbeit auf bestimmte Schwerpunkte. Für den Fall, daß die Bezirksverwaltung die erteilten Aufträge für undurchführbar halten sollte, sah der Entwurf eine komplizierte Entscheidungsfindung unter Einbeziehung der dienstlichen Leitung und der Parteileitung des Staatssekreta-

77 Einige Hinweise mit begrenzter Aussagekraft bei: Bailey/Kondraschew/Murphy: Die un-sichtbare Front, S. 198–210; Lew Besymenski: Sowjetischer Nachrichtendienst und Wieder-vereinigung Deutschlands: Der Berija-Plan von 1953, in: Krieger/Weber (Hrsg.): Spionage für den Frieden?, S. 155–159; Pawel A. Sudoplatow und Anatolij Sudoplatow: Handlanger der Macht. Enthüllungen eines KGB-Generals, Düsseldorf 1994, S. 421–426.

78 Aussagen der Stellvertreter des Ministers Hermann Gartmann, Martin Weikert, Otto Last, Rudolf Menzel, Otto Walter sowie des Mielke-Stellvertreters Josef Gutsche gegenüber der ZPKK bzw. dem Politbüro (Anfang August 1953); BStU, ZA, SdM 2580, Bl. 74, 77–85. Außerdem Redebeitrag von Fritz Lange vor dem 15. ZK-Plenum, 24.–26.7.1953; SAPMO-BA, DY 30, IV/2/1/120, Bl. 86–90, hier 86f.

79 Bailey/Kondraschew/Murphy: Die unsichtbare Front, S. 209 und 227; Sudoplatow: Handlan-ger, S. 410f., 425 und 430f.

80 Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991, S. 307f.

riats und – sollte sie auch hier nicht gelingen – den Schiedsspruch von Ulbricht vor.⁸¹

Dieser Entwurf wurde nie spruchreif, weil er am Widerstand des sowjetischen Chefberaters scheiterte. Inzwischen war als neuer Residentur-Chef der als Malenkow-Protegé geltende MWD-Generalleutnant Jewgeni P. Pitowranow⁸² nach Berlin entsandt und der bisherige Resident Iwan Fadeikin zu seinem Stellvertreter degradiert worden. Unter Pitowranows Mitwirkung und mit Beteiligung des Hochkommissars Semjonow und seines Stellvertreters Judin kam es zur Ausarbeitung eines völlig anders lautenden Politbürobeschlusses, dessen Passus zur Parteiorganisation im Sfs und zum Verhältnis von territorialen Parteileitungen und Dienststellen der Staatssicherheit wortwörtlich einem in letzter Minute eingebrachten Änderungsvorschlag Pitowranows entsprach.⁸³

Die Neuregelung bedeutete die Abschaffung der einheitlichen Parteiorganisation im Sfs.⁸⁴ In diesem Zusammenhang besonders wichtig ist jedoch, daß von fachlichen Aufträgen der territorialen Parteileitungen an die Staatssicherheitsorgane oder ähnlichem nicht mehr die Rede war, sondern nur noch von parteipolitischer Anleitung. Außerdem wurde ausdrücklich betont: „Zur Wahrung der Konspiration dürfen sich [...] die örtlichen Parteiorgane nicht unmittelbar in die Arbeit mit Informatoren [...] einmischen.“⁸⁵ Die „Freunde“ schoben somit – entgegen der ursprünglichen Absicht der SED-Führung – allzu direkten Einflußnahmen bzw. einem allzu ungehinderten Einblick der territorialen Bezirks- und Kreisleitungen einen Riegel vor.

Ungeachtet verstärkter Anleitungsbemühungen der Parteispitze blieb die Stellung der „Freunde“ weiterhin stark. Auch nach Zaissers Sturz besaßen sie de facto weitgehende Weisungs- und Vetorechte, die sich jetzt auch mit in Protokollen festgehaltenen mündlichen Anweisungen seines Nachfolgers, Ernst Wollweber, belegen lassen. So gab Wollweber in einer Dienstbesprechung im August 1953 die Maßregel aus: „Wenn ein sowjetischer Instrukteur eingreift wie in Halle, so macht man den Instrukteur aufmerksam, daß man anderer Meinung ist, befolgt aber den Rat des Instrukteurs.“⁸⁶ Und im Dezember desselben Jahres verkündete er: „Keine Maßnahmen sollen getroffen werden gegen die Meinung unserer Freunde.“ Wenn Entscheidungen der Bezirksverwaltungschefs vorlägen, mit der

81 Vorlage der Abteilung Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen an das Sekretariat des ZK vom 31.8.1953; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/5/2, Bl. 169–176; textidentisch mit: Entwurf für einen Beschluß des Politbüros o.D. über die Arbeit der Parteiorganisation im Staatssekretariat für Staatssicherheit des Mdi; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 159–164. Dokumentiert bei Schumann: *Parteierziehung in der Geheimpolizei*, S. 160–165.

82 Zum Teil widersprüchliche Angaben zum Lebensweg von Pitowranow bei Bailey/Kondraschew/Murphy: *Die unsichtbare Front*, S. 70, 73–75; Pawel A. Sudoplatow und Anatolij Sudoplatow: *Handlanger der Macht. Enthüllungen eines KGB-Generals*, Düsseldorf 1994, S. 383, 391.

83 Wollweber an Ulbricht vom 23.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62.

84 Vgl. Schumann: *Parteierziehung in der Geheimpolizei*, S. 57–67.

85 Entwurf zum Punkt 8 des Politbürobeschlusses, handschriftlich von Wollweber: „Vorschlag der Freunde“, Anlage zu seinem Schreiben an Ulbricht; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62. Wortgleich wie die entsprechende Passage des Punktes 9 im verabschiedeten Beschluß. Vgl. Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953; Dokument 2, S. 253.

86 Wollweber auf der Dienstbesprechung am 21.8.1953; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 228.

die Freunde nicht einverstanden seien, müsse dies sofort mit einer Stellungnahme der Leitung in Berlin gemeldet werden.⁸⁷

Auch bei Kaderentscheidungen bis hinunter zur Ebene der Kreisdienststellenleiter ist in den Jahren 1953 bis 1955 vereinzelt die Beteiligung der Berater nachzuweisen. So findet sich zum Beispiel in einer Kaderakte der Vermerk von November 1953: „Der Obengenannte wird nach Absprache mit der befreundeten Dienststelle als stellvertretender Leiter der Kreisdienststelle [...] vorgeschlagen.“⁸⁸ Zur selben Person notiert die Kaderabteilung ein gutes Jahr später: „Die Leitung der Bezirksverwaltung Suhl sowie die Genossen Berater sind der Meinung, daß der Oberleutnant [...] aufgrund seiner moralischen Entgleisungen seiner Funktion als Dienststellenleiter der Kreisdienststelle [...] enthoben und als Sachbearbeiter in der Abteilung II der Bezirksverwaltung Suhl eingesetzt wird.“⁸⁹

Besonders aufschlußreich sowohl im Hinblick auf die Rolle der „Freunde“ als auch auf die immer noch schwachen Parteistrukturen ist 1954 die Klage ausgerechnet des 1. Sekretärs der Parteiorganisation im SfS, Hermann Steudner, die operative Abteilung besitze einen sowjetischen Berater, der ihr helfe, die Beschlüsse der Partei in operative Arbeit umzusetzen, nur das Büro der Kreisleitung müsse die politische Linie allein finden.⁹⁰

Es muß allerdings angemerkt werden, daß Anleitung durch die Partei und Anleitung durch die Berater in einem gewissen Ausmaß komplementär waren. Die Anleitung der Berater betraf zum größten Teil operative Fragen, Fragen der Organisation, Vermittlung von geheimpolizeilichem Handwerk, während die eigentlich politische Anleitung primär Aufgabe der SED war. Überschneidungen gab es naturgemäß bei den grundsätzlicheren Fragen, doch ist hier zumeist ein Gleichklang zu verzeichnen. Die „Dauerbrenner“ der Kritik am MfS in den Jahren 1953 bis 1957: mangelnde Qualifikation der Mitarbeiter, mangelhafte Arbeit mit Informatoren, unzureichende Erfolge bei der Bekämpfung der sogenannten Untergrundzentralen und bei der Aufklärung der sogenannten Konzernverbindungen finden sich sowohl in den Stellungnahmen der Berater als auch in den Äußerungen von Ulbricht. Die Quellen legen dabei die Vermutung nahe, daß Ulbricht zumindest einen Teil der Kritikpunkte von den „Freunden“ übernommen hat und nicht umgekehrt.⁹¹

Im Zusammenhang mit dem hier behandelten Thema ist die Rolle der sowjetischen Seite bei der Ausarbeitung der Strategie der „konzentrierten Schläge“ im Spätsommer und Herbst von besonderer Bedeutung. Neben Walter Ulbricht und Hermann Matern als Vertreter der Partei waren der sowjetische Chefberater

87 Wollweber auf der Dienstbesprechung am 13.12.1953; ebenda, Bl. 199.

88 Abt. Personal der BV Suhl an Abt. Personal des SfS vom 9.11.1953; BStU, ZA, KS 87/69, Bl. 110.

89 Abt. KuSch der BV Suhl an HA KuSch vom 6.1.1955; ebenda, Bl. 107f.

90 Protokoll der Sitzung der Kreisleitung am 21.9.1954; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 209f.

91 Vgl. Protokoll der Besprechung am 8.1.1954 zwischen dem für das SfS zuständigen sowjetischen Chefberater (Pitowranow) und Ulbricht sowie Stoph, Wollweber, Mielke, Walter, Last, Weikert und Röbbelen; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/119, Bl. 1–9; außerdem Kritik der Berater an der agenturischen Arbeit des SfS o. D.; BStU, ZA, SdM 1201, Bl. 202–206.

Pitowranow und sein Stellvertreter Iwan Fadeikin⁹² an der Formulierung einer Konzeption beteiligt, die sowohl die Neuorganisation des Apparates der Staatssicherheit als auch die grundlegende Neuausrichtung der operativen Tätigkeit im Sinne der neuen Strategie sowie deren intensive propagandistische Flankierung beinhaltete.⁹³

Auch bei der Umsetzung der Offensivstrategie spielten die Berater eine entscheidende Rolle. Im Einsatzbefehl zur ersten Großaktion im Oktober 1953 heißt es kategorisch: „Sämtliche während der Aktion ‚Feuerwerk‘ und ‚Nachschlag‘ durchzuführenden Maßnahmen sind rechtzeitig mit den sowjetischen Instruktoren abzustimmen.“⁹⁴ Aus den Unterlagen zur Aktion „Pfeil“ vom Frühsommer 1954 geht hervor, daß die Behandlung einzelner Vorgänge und konkrete Festnahmen detailliert mit den jeweils zuständigen sowjetischen Beratern abgesprochen wurden, wobei die „Freunde“ sich offensichtlich koordinierende und kontrollierende Kompetenzen vorbehalten. So heißt es in einer Aktennotiz der Hauptabteilung II/1 über eine „Absprache mit dem Gen[ossen] Berater“ unter anderem:

„Rücksprache mit der Verwaltung Groß-Berlin, Abteilung V, wegen Gruppenvorgang ‚Ami-Spionage‘. Berater gibt an, es sollen 26 Personen festgenommen werden, 22 Vorführberichte wurden nur geschickt. Wo sind die anderen?

Mit Gen[osse] Jehle Rücksprache nehmen zu Gruppenvorgang ‚Donau‘. Warum ist die Frau K. [Name anonymisiert] nicht zur Festnahme vorgesehen? Vorführungsbericht schreiben, in Schema nachtragen.

[...]

Der G[ruppen]V[organg] ‚Verbindung‘ von der BV Rostock soll vom Schema gestrichen werden.“⁹⁵

Bemerkenswert ist auch die Bleistiftnotiz: „Übersetzt aus dem Russischen: Carlsohn“,⁹⁶ unter dem detaillierten Operativplan vom März 1955 zur zweiten Phase der Aktion „Blitz“,⁹⁷ welche darauf hinweist, daß das Original von den sowjetischen Beratern verfaßt wurde. Offensichtlich hatten sich die „Freunde“ auch bei dieser letzten Großaktion der Staatssicherheit die detaillierte Festlegung der operativen Maßnahmen vorbehalten.

Von Bedeutung ist, daß die Beendigung der Phase der „konzentrierten Schläge“ im Hochsommer 1955 ebenfalls auf sowjetische Initiative zurückging. Schon

92 Vgl. Schlußwort von Wollweber auf der zentralen Dienstkonferenz am 11./12.11.1953, S. 1; BStU, ZA, DSt 102272.

93 Vorgetragen von Wollweber auf der zentralen Dienstkonferenz am 11./12.11.1953; Dokument 6.

94 Einsatzbefehl 333/53 zur Aktion „Feuerwerk“ vom 28.10.1953; Dokument 4, S. 259.

95 HA II/1, betr.: Absprache mit dem Gen. Berater am 17.7.1954; BStU, ZA, AS 97/55, Bl. 211 f.

96 Die Übersetzung stammt höchstwahrscheinlich von Sonja Carlsohn, der Ehefrau des damaligen persönlichen Referenten Mielkes und späteren Leiters des Sekretariats des Ministers, Hans Carlsohn. Sonja Carlsohn, geborene Klemm, hatte als Tochter deutscher Emigranten Kindheit und Jugend in der Sowjetunion verbracht und war im Zeitraum der Aktion „Blitz“ Mitarbeiterin der HA V im Range eines Oberleutnants.

97 BStU, ZA, AS 171/56, Bd. 1, Bl. 68–88, hier 88; Dokument 14, S. 320, Anm. 950.

seit Anfang des Jahres drängte die sowjetische Seite auf eine Stärkung der „Arbeit im und nach dem Westen“: Eine erste Weichenstellung in diese Richtung erfolgte schon bei einer Beratung der Staatssicherheitsdienste der Sowjetunion, Polens, der ČSR und der DDR im März 1955 in Moskau, die im SfS zur Schaffung der Aufklärungsabteilungen XV in den Bezirksverwaltungen und zur Ausweitung der Aufklärungsaufgaben der Abwehrlinien führte.⁹⁸ Nach der Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955 kam es dann zu einer Präzisierung und Zuspitzung dieser Orientierung, die von Wollweber vor den Leitern der Dienstseinheiten der Staatssicherheit mit der herrschenden Kriegsgefahr einerseits und mit den diagnostizierten Differenzierungen im westlichen Lager andererseits begründet wurde. Er machte dabei – wie noch ausführlicher darzulegen sein wird – keinen Hehl aus seiner Einschätzung, daß diese Schwerpunktverlagerung zugunsten der Westarbeit, zumindest teilweise, auf Kosten der inneren Überwachung gehen mußte, was nicht unbedingt den Vorstellungen des SED-Chefs entsprach.⁹⁹ In der vorliegenden Situation waren aber die sowjetischen Vorgaben für die Staatssicherheit maßgebend. Erst zwei Jahre später sollte Ulbricht unter veränderten innen- und außenpolitischen Bedingungen mit seinen Vorstellungen die Oberhand gewinnen.

1.3. Persönlichkeit und Rolle Ernst Wollwebers als Chef der Staatssicherheit

Der neue Staatssicherheitschef Ernst Wollweber war kein ausgesprochener Gefolgsmann Ulbrichts, seine Berufung trug deutlich die Handschrift der Sowjets,¹⁰⁰ die damit die Verdienste ihres deutschen Sabotageexperten würdigten. Daß er ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein besaß, dürfte eher zu seinen Gunsten ausgeschlagen haben, denn in der gegebenen Situation konnte die Sowjetunion in dieser Stellung kein Interesse an einem unterwürfigen Befehlsempfänger des SED-Chefs haben. Tatsächlich war die Persönlichkeit Wollwebers vielschichtig und deckte sich auch keineswegs mit dem ihm vorausseilenden Ruf des „Rabauken“, wenn auch seine Rolle als Leiter der Staatssicherheit zweifellos von seiner bewegten Biographie geprägt war.

Der 1898 in Hannoversch-Münden geborene Tischlersohn verfügte über den Werdegang eines Berufsrevolutionärs. 1918 beteiligte er sich am Kieler Matrosenaufstand und 1920 an den Kämpfen im Gefolge des Kapp-Putsches. Im Jahre 1921 wurde er erster Sekretär der KPD-Organisation im Kreis Hessen-Waldeck. Er begnügte sich allerdings nicht mit der Rolle des politischen Funktionärs; we-

98 Vgl. Protokoll der Dienstbesprechung am 22.3.1955; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 104–111.

99 Vgl. Kapitel 7.1 der vorliegenden Studie.

100 Der These von Flocken/Scholz, daß die „Deutschlandabteilung“ des sowjetischen Sicherheitsorgans Wollweber mit „tiefem Mißtrauen“ beobachtete, kann nicht zugestimmt werden. Sie beruht offensichtlich auf einer fehlerhaften Quellenzuordnung; Flocken/Scholz: Ernst Wollweber, S. 150–152.